

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 54 | Dez. 2011

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1

*Die AGS Nordrhein-Westfalen wünscht ihren
Mitgliedern und LeserInnen unseres
Newsletters
frohe Weihnachtsfeiertage und einen
guten Rutsch ins neue Jahr 2012!*

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

„I have a dream ...“

Nicht nur Martin Luther King träumte von einem besseren „Morgen“. Die Vorweihnachtszeit und der bevorstehende Jahreswechsel eignen sich besonders zu Wunschträumen.

Wie wäre es, wenn wir am ersten Weihnachtstag aufwachen und die Nachrichtendienste meldeten:

+++ In den USA müssen Tea-Party-Mitglieder einen Bildungstest ablegen, was kurzfristig zur Selbstaflösung der Bewegung führt.

+++ In Griechenland wechseln die staatlichen Angestellten mehrheitlich in die Dienstleistungsbranche. Schulungszentren vermitteln Grundkenntnisse in Arbeitseffizienz und ehrlicher Buchhaltung.

+++ Angela Merkel hat, nach Beratung durch Peer Steinbrück, endlich Entscheidungen zur Euro-, Banken- und Staatsschulden-Krise getroffen. Statt Teil des Problems zu sein, trägt sie nun endlich zur Lösung der Probleme bei.

+++ Guido Westerwille und Dirk Niebel werden wegen staats- und parteischädigenden Verhaltens aus der FDP ausgestoßen. Die Umfragewerte der Liberalen klettern unmittelbar auf beachtliche 3,3 %.

+++ Philipp Rösler gibt sowohl Vizekanzleramt als auch Parteiführung an Hildegard Hamm-Brücher, Gerhard Baum und Burkhard Hirsch ab. Das bringt noch mal 1,69 %.

Inhalt

seite 1

„I have a dream ...“1

Arbeitskreise der AGSNRW

Einleitung und Übersicht3

Die Arbeitskreise im Detail.....4-6

AGS vor Ort

Wilhelm-Dröscher-Preis für

AGS EN und Jusos Witten7

Erstes Diner-Dating in GE7

Politischer Salon der AGS DO

zur Solo-Selbständigkeit.....8

Wirtschaft / Ausbildung

IntUV und Berufskolleg gegen

hohe Abbrecherquoten.....9

Die AGS im Bund

Innovationspreis 2011 für

drei Genossenschaften.....10

Handwerk und Handel

„Handwerk trifft ...“11

Arbeit und Soziales

Anerkennungsgesetz auf

dem Weg.....12

Personalien

Genossenschaftsverband mit

neuem Vorsitzenden13

Recht

Neues Insolvenzrecht mit

Licht und Schatten.....14

Leserbrief

Gegen Liberalisierung beim

Arzneimittelvertrieb.....14

Worte zur Weihnacht

„Friede auf Erden“ – 50 Jahre

nach Martin Luther Kings

Weihnachtspredigt.....15

Kommentar

„Partei in Bewegung?!“ – nach

dem Beschluss der Orga-Reform

auf dem Bundesparteitag.....16

Service

Impressum16

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de

Internet: www.ags-in-nrw.de

Facebook: AGSNRW

Twitter: @agsnrw

Fortsetzung von Seite 1

+++ *Horst Seehofer bietet Österreich den Anschluss „seines“ Bayern als neues Bundesland an. Bedingung: „K.T.“ wird Ethik-Beauftragter in Kroatien.*

+++ *Die „Grünen“ haben sich auf einem Geheimtreffen auf umfangreiche Infrastruktur-Maßnahmen verständigt. Motto: „Bahn, Auto, Flugzeug und Schiff statt Fahrrad“.*

+++ *Wolfgang Schäuble „findet“ weitere Milliarden und verteilt sie an die Kommunen. Sofort, nicht erst 2013!*

+++ *Oscar Lafontaine tritt der SPD bei (Alptraum) und bringt als Mitgift das „verschollene“ SED-Vermögen mit. Er wird Vorsitzender des Seeheimer Kreises. Sahra Wagenknecht trennt sich daraufhin von ihm und beginnt eine Affäre mit Gerhard Schröder.*

+++ *Die Piraten-Partei gibt sich ein Programm. Sie fordert freien Zugang zur Euro-Notenpresse und outet sich damit als politikunfähige Sekte.*

+++ *Sigmar Gabriel und Andrea Nahles nehmen ihre „Verordnung“ über Mitgliederrechte in Arbeitsgemeinschaften zurück und suchen das ergebnisoffene Gespräch mit den AGen.*

+++ *Die Deutsche Bank schließt alle „Zocker“-Abteilungen und verspricht Entschädigung für ihre Opfer. Aus Eigen-, nicht aus Steuermitteln!*

+++ *Der Deutsche Bauernverband erklärt, die für seine Tiere gedachten Hormone nun selbst einzunehmen. Ilse Aigner ordert einen Teil der Vorräte als Wachstumsmittel für die CSU.*

+++ *Die Innenminister einiger „neuer“ Bundesländer nehmen die Augenklappe vom rechten Auge, was zu einer völlig neuen Sichtweise führt.*

+++ *Hannelore Kraft beruft die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften in ein Kompetenzteam zur Beratung der Landesregierung.*

+++ *Nach seinem Scheitern als Bundesumweltminister kehrt Norbert Röttgen nach NRW zurück und macht dort verantwortungsvolle Oppositionspolitik.*

+++ *Umweltminister Remmel gibt die Umweltzonen als „nicht zielführend“ auf und fördert statt dessen stärker die energetische Gebäudesanierung.*

Alles Wunschträume, die wohl nie in Erfüllung gehen? Von der Schriftstellerin Marie von Ebner-Eschenbach ist überliefert:

„Nenne dich nicht arm, weil deine Träume nicht in Erfüllung gegangen sind; wirklich arm ist nur, der nie geträumt hat.“

Und ohne Hoffnung sind die, die nicht mehr an die Erfüllung ihrer Träume glauben. Denn wer nicht mehr an die Erfüllung seiner Ziele glaubt, arbeitet auch nicht mehr daran. Also lasst uns weiter träumen! Und politisch arbeiten.

In diesem Sinne ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Jahr 2012. Das wünscht:



André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

»Arbeitskreise

AGS-Landesvorstand richtet weitere Arbeitskreise ein Themenarbeit von Selbständigen – für Selbständige

Wie bereits in Ausgabe 09/2011 der AGS:NACHRICHTEN berichtet, haben sich weitere Arbeitskreise der AGSNRW konstituiert. Wir stellen hier alle bisherigen AK vor, einschließlich der bisher geleisteten Arbeit und möglicher Themenspektren zur zukünftigen Bearbeitung. Der Landesvorstand wird diese Übersicht laufend ergänzen und zu Beginn des nächsten Jahres an alle AGS- und Parteigliederungen in NRW schicken, um landesweit und AGS-übergreifend für eine Mitarbeit zu werben.

Diese Vorgehensweise beruht auf einem Beschluss des AGS-Landesvorstands. Das Ziel der Arbeitskreise ist die Themenarbeit

- unter Einbindung möglichst vieler AGS-Mitglieder in den NRW-Unterbezirken, und
- die Beteiligung von Parteimitgliedern (auch außerhalb) der AGS sowie von Interessenten, die nicht Mitglied der SPD sind.

Damit orientieren wir uns zugleich an den Zielen der jüngst beschlossenen Organisationsreform.

Die spezifische Themenarbeit soll zukünftig von Arbeitskreisen geleistet werden. Das hat den Vorteil, dass sich die AK-Mitglieder nach ihrer Kompetenz und Neigung optimal einbringen können. Der Vorstand kann sich so auf die Koordination und die eigentliche Vorstandsarbeit konzentrieren.

Die Arbeitskreise sollen ihre Themen und ihre Arbeitsweise dabei selbständig und ohne Vorgaben festlegen.

Themen-Papiere, Thesen und Anträge werden dann im Landesvorstand abgestimmt und ihrer Bestimmung gemäß weiterverarbeitet. Die AGS:NACHRICHTEN werden laufend über Ergebnisse berichten.

Nachdem die Arbeitskreise „Finanzen“ und „Solo-Selbständige“ bereits aktiv sind, konnten auf der Vorstandssitzung der AGSNRW am 25.10.2011 in Düsseldorf und bei der Klausurtagung am 12./13.11.2011 weitere Arbeitskreise starten – hier die aktuelle Übersicht:

Industrie, Wirtschaft und Energie

Kontakt: **André Stinka**
andre.stinka@ags-in-nrw.de

Finanzen

Kontakt: **Christiane Breuer**
christiane.breuer@ags-in-nrw.de

Handwerk und Handel

Kontakt: **André Brümmer**
andre.bruemmer@ags-in-nrw.de

Bildung

Kontakt: **Susanne Brefort**
susanne.brefort@ags-in-nrw.de

Solo-Selbständige

Kontakt: **Jürgen Brinkamp**
juergen.brinkamp@ags-in-nrw.de

Medien und Kulturwirtschaft

Kontakt: **Michael Dauskardt**
michael.dauskardt@ags-in-nrw.de

Detaillierte Informationen zu den einzelnen Arbeitskreisen finden sich auf den nächsten Seiten. Jede/r, der Interesse an einer Mitarbeit hat, ist herzlich eingeladen, sich bei den genannten Kontaktpersonen zu melden.

»Arbeitskreise

(Forts.)

Industrie, Wirtschaft und Energie

Aus dem Themenspektrum:

- Konjunkturfördernde Maßnahmen
- Industriepolitik in NRW
- Erneuerbare Energien
- Klimaschutzgesetz/-schutzplan
- Fernwärme, Gebäudesanierung
- Infrastruktur, Regionalpläne
- Reduktion der Mehrwertsteuer

• Ansprechpartner/Kontakt:

- André Stinka (Coesfeld)
andre.stinka@ags-in-nrw.de
- Gerd Blatz (Düsseldorf)
gerd.blatz@ags-in-nrw.de
- ...
- ...

Finanzen

Aus dem Themenspektrum:

- Mittelstandsfinanzierung
- Mikrokredite
- Banken- und Währungsstabilität in der EU

Statements:

Mikrokredite sind ein Instrument der Entwicklungspolitik. Nach Europa kehrte diese Idee Anfang der 1990er-Jahre zurück, als sich für die ständig steigende Zahl der Existenzgründer eine zunehmende Finanzierungslücke zeigte. Kleingewerbetreibende haben in der Regel keinen Zugang zu üblichen Bankkrediten, da sie keine dinglichen Sicherheiten stellen können und der Aufwand pro Kredit klassischen Banken zu hoch erscheint.

Infolgedessen bleiben sie oft im informellen Sektor und abhängig von Kreditvermittlern oder gar „Kreditthaien“ mit in der Regel höheren Zinssätzen. Erschwerend kam die Finanzkrise hinzu, die es für Kleinunternehmen sehr schwer macht, einen regulären Kredit bei der Bank zu erhalten. In Deutschland hat die Bundesregierung Anfang 2010 die GLS Gemeinschaftsbank mit dem Aufbau des Mikrokreditfonds Deutschland beauftragt.

Mit dem Mikrokreditfonds Deutschland verbessert die Bundesregierung für Kleinunternehmen und Gründungen den Zugang zu Kapital. Ziel des Fonds ist der Aufbau eines flächendeckenden Mikrokreditangebots in Deutschland.

Im AK Finanzen werden wir uns u. a. mit der Frage beschäftigen, was Mikrofinanzinstitute sind und was sie leisten. Zudem ist zu klären, welche politischen Maßnahmen und bankenregulatorischen Vorschriften nach wie vor dazu führen, dass Soloselbständige und Kleingewerbetreibende (nicht nur in der Existenzgründungsphase) keinen bzw. nur erschwerten Zugang zum klassischen Bankkredit haben. [...]

Das vollständige Dokument steht zum [Download](#) zur Verfügung (PDF, 123 kB).

• Ansprechpartner/Kontakt:

- Christiane Breuer (Köln)
christiane.breuer@ags-in-nrw.de
- Roland Przytulski (Gelsenkirchen)
roland.przytulski@ags-in-nrw.de
- ...
- ...

»Arbeitskreise

(Forts.)

Handwerk und Handel

Aus dem Themenspektrum:

Der „Arbeitskreis Handwerk“ hat die ständige Aufgabe, sich um eine Verbesserung der handwerkspolitisch relevanten Rahmenbedingungen in NRW und im Bund zu bemühen.

Die Mitglieder des AK halten engen Kontakt zu den Organisationen des Handwerks und setzen sich in den politischen Gremien für die speziellen Interessen des Handwerks ein. Da viele HandwerkerInnen auch Handel treiben, ist der Themenbereich „Handel“ angeschlossen.

Auf unserer LV-Klausurtagung haben wir über die Startphase des AK Handwerk beraten. Wir haben uns darüber verständigt, mit dem Thema **Nachhaltige Vergabe** zu starten. Dazu sollten die Mitglieder des Arbeitskreises klären:

- Welche Gestaltungsmöglichkeiten bietet das Vergaberecht?
- Wie werden die Gestaltungsmöglichkeiten in den Kommunen genutzt? Vergabe nur an billigsten Anbieter? (Anfrage an jeweilige Kommunen/Räte empfohlen)
- Ständige Evaluierung der Vergabebestimmungen. Dazu Vorschläge der AGS erarbeiten!

Weitere Vorschläge für die Themenfelder des Arbeitskreises:

- **Das Handwerk und die Kommunen:** Zahlungsmoral der öffentlichen Auftraggeber, Mittelstandsfreundliche Kommune, Wirtschaftsförderung

• Bildung

Optimierung von Aus- und Weiterbildung, Weiterentwicklung des „Meisterbriefs“, Übergang Beruf → Studium, Karrierechancen im Handwerk, Gründungsunterstützung

• Nachfolgeregelung

Anreiz durch steuerliche Aspekte oder staatliche Hilfsmaßnahmen

• Finanzen

Finanzierung von Investitionen, Ausfallbürgschaften, Insolvenzrecht, Steuerrecht, Überbrückungskredite

• Sonstige Themen

Familienfreundliche Arbeitsplätze, Unfallverhütung, Arbeitsplatzgestaltung, Soziale Absicherung, Arbeitskräftemangel / Wettbewerb um die besten Köpfe

• Handel

Ladenöffnungszeiten

• Bisherige Aktivitäten

Die AGS:NACHRICHTEN haben regelmäßig dazu informiert, z. B. zu Kopfnoten, Umweltzonen/HWK-Ausweis, Mittelstandsgesetz, Gewerbesteuer, Stärkung der Kommunalfinanzen

• Ansprechpartner/Kontakt:

- André Brümmer (*Aachen*)
andre.brueemmer@ags-in-nrw.de
- Klaus-Peter Duhme (*Bocholt*)
klaus-peter.duhme@ags-in-nrw.de
- Jörg Bischoff (*Oberhausen*)
fleischerei@t-online.de

Bildung

Aus dem Themenspektrum:

• 2018: Ende der Kohle, Ende der Ausbildung?

Geplant ist eine Tagung bzw. ein Bildungsgipfel in 2013 vor dem Hintergrund der auslaufenden Kohlesubventionen.

Die Bergwerke in NRW bilden in vielen Berufen aus, diese Fachkräfte werden gerade kleinen und mittleren Unternehmen in NRW fehlen.

Wie soll dieser Wegfall an Ausbildung aufgefangen werden? Ist dies angesichts der demografischen Entwicklung überhaupt notwendig?

• Fort- & Weiterbildung für Selbständige, insbesondere Solo-Selbständige

• Ansprechpartner/Kontakt:

- Susanne Brefort (*Bottrop*)
susanne.brefort@ags-in-nrw.de
- ...
- ...
- ...
- ...

»Arbeitskreise

(Forts.)

Solo-Selbständige

Aus dem Themenspektrum:

- Sozialversicherung: Systematische Ungerechtigkeiten bei der gesetzlichen Krankenversicherung
- Bürokratie
- Finanzen

Bisherige Tätigkeiten

Informationsflyer zur Soloselbständigkeit für alle Delegierten des letzten Landesparteitags in Mülheim.

Antrag zur nächsten AGS-Bundeskongress 2012:

Die AGS fordert die Einführung einer einkommensabhängigen Beitragszahlung zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung für Selbständige ohne ein fiktives Mindesteinkommen.

Begründung:

Selbständige, die sich in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und Pflegeversicherung (GPV) versichern, werden dort als „freiwillig Versicherte“ geführt. Ihr Beitrag wird nach § 240 Sozialgesetzbuch 5. Buch (SGB V) berechnet. Dort wird allerdings ein Mindesteinkommen von aktuell EUR 1.916,25 monatlich zugrundegelegt. Das ergibt bei einem Beitragssatz in der GKV von 15,5 % (und einschließlich GPV und Bezug von Krankentagegeld) einen monatlichen Beitrag von EUR 339. Wer weniger verdient, muss dennoch diesen Betrag zahlen. Das kann schnell dazu führen, dass der Selbständige zum Sozialfall wird.

Wir fordern die einkommensabhängige Beitragszahlung zur GKV und GPV ohne Zugrundelegung eines fiktiven Mindesteinkommens. Die Selbständigen weisen z.B. alle 3 Monate ihrer Krankenkasse ihr bisheriges Einkommen/Gewinn nach, damit die Krankenkasse auf dieser Basis den Beitrag für die nächsten 3 Monate festsetzen kann. Wegen dieses kurzen Abrechnungszeitraums können – auch um unnötigen Bürokratieaufwand zu vermeiden – Nachforderungen der Krankenkasse (d.h. wenn jemand mehr verdient hat als es dem Beitrag entspricht) ebenso ausgeschlossen werden, wie umgekehrt der Selbständige keine „überzahlten“ Beiträge zurückfordern kann. Einem „Negativeinkommen“ kann durch Festlegung eines niedrigen (!) (Pauschal-)Mindestbeitrages begegnet werden. Damit kann die Existenzsicherung der Selbständigen nachhaltig unterstützt werden.

Bezogen auf die Bürgerversicherung ergeben sich keine Probleme, wenn andererseits auch keine Obergrenze des beitragsabhängigen Einkommens der Selbständigen gebildet wird.

• Ansprechpartner/Kontakt:

- Jürgen Brinkamp (*Recklinghausen*)
juergen.brinkamp@ags-in-nrw.de
- Ruth Gehring (*Steinfurt*)
ruth.gehring@ags-in-nrw.de
- Peter Tietze (*Kleve*)
peter.tietze@ags-in-nrw.de

Medien und Kulturwirtschaft

(... noch in Vorbereitung! Deshalb folgt hier zunächst das Themenspektrum für das angeschlossene Thema Netzpolitik.)

Statements „Netzpolitik“:

Es gibt heute kaum noch jemanden, der nicht in irgendeiner Weise mit dem Internet in Berührung kommt. Menschen nutzen das Netz in der Regel mindestens privat, häufiger beruflich, zunehmend ehrenamtlich/politisch. Die mobile Nutzung des Internets wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen und sowohl die Gesellschaft als auch ihren Umgang mit Daten und Informationen dauerhaft prägen und verändern. Netz und Medien berühren nahezu alle Lebensbereiche, das Internet hat viele neue Berufsbilder und ganze Branchen geschaffen. Aber auch jenseits dieser allgegenwärtigen Themen gibt es weitere, die wir nicht ständig im Fokus haben: Datenschutz/Datensicherheit, Netzneutralität, Netzausbau, Urheberrecht, Vorratsdatenspeicherung, Partizipation. Viele dieser Themen berühren die Interessen von Selbständigen und Unternehmen viel stärker als auf den ersten Blick ersichtlich [...]

• Ansprechpartner/Kontakt:

- Michael Dauskardt (*EN-Kreis*)
michael.dauskardt@ags-in-nrw.de
- Michael Henke (*Dortmund*)
michael.henke@ags-in-nrw.de
- ...
- ...

»AGS vor Ort

AGS Ennepe-Ruhr und Jusos Witten

Dritter Platz beim „Wilhelm-Dröscher-Preis“ 2011

Der Wettbewerb um den Wilhelm-Dröscher-Preis 2011 stand unter dem Motto „SPD erneuert sich“. Der Preis ist mit 15.000 Euro dotiert und wurde auf dem Bundesparteitag der SPD am 6. Dezember in Berlin verliehen.

Mit dem 3. Platz wurde die Arbeitsgemeinschaft Selbständige im Ennepe-Ruhr-Kreis und die Jusos Witten mit der Aktion „Packs an 2011! Die Last-minute-Ausbildungsplatzbörse“ ausgezeichnet.

Die AGS Ennepe-Ruhr und die Jusos Witten präsentierten ihre Veranstaltung, die sie seit 2008 in Witten durchführen. Am Info-Stand auf dem Bundesparteitag konnten die BesucherInnen eindrucksvoll nachvollziehen, wie die Veranstalter zusammen mit dem Arbeitsamt, der IHK und vielen Unternehmen vor Ort Ausbildungsplätze vermitteln. Zudem vermittelte eine Slideshow einen Eindruck vom „Markt der Möglichkeiten“.



Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und die Ermöglichung von sozialem Aufstieg waren und sind die Grundpfeiler der Sozialdemokratie. Soziale Gerechtigkeit im Sinne eines Sozialstaates kann es nur geben,

wenn der größtmögliche Teil der Bevölkerung gut ausgebildet ist und in gut bezahlten Beschäftigungsverhältnissen steht. Jährlich verlassen Tausende von Jugendlichen das Bildungssystem ohne oder nur mit schlechtem Schulabschluss. Sie finden meist keine Ausbildungsstelle und sind so dazu verurteilt, ihr Leben durch Minijobs oder ALG II zu finanzieren. Meist geraten sie in eine Abwärtsspirale, aus der es so leicht keinen Ausweg gibt.

Die Last-minute-Ausbildungsbörse der AGS EN und der Jusos Witten findet seit 2008 jährlich im Spätsommer statt. Jugendliche haben hier die Chance, sich über noch freie Stellen in der Region zu informieren und sich einen

Überblick über Alternativen zur Ausbildung zu verschaffen. Dabei können mit den Mitgliedern der AGS Bewerbungsgespräche geübt, mit einem Fotografen kostenlose Bewerbungsfotos gemacht und auch mit

Mitarbeitern des JobCenters Beratungsgespräche geführt werden.

Ziel und Zweck der Veranstaltung ist es, so vielen jungen Menschen wie möglich berufliche Perspektiven aufzuzeigen. <

AGSler netzwerken

Erstes Diner-Dating in Gelsenkirchen

Am 09.11.2011 fand das erste Diner-Dating der AGS Bottrop, Essen, Gelsenkirchen und Recklinghausen auf Hof Holz in Gelsenkirchen statt.

Anders als bei einem hektischen Speed-Dating war hier Ziel der Veranstaltung, sich Zeit für den Gesprächs-/Geschäftspartner zu nehmen.

Es gab ein 4-Gänge-Menü, und nach jedem Gang wurden Tisch und Tischpartner gewechselt. Jeder Teilnehmer stellte sich bei Tisch mit seinem Unternehmen vor und hat detailliert Fragen beantwortet und seine Visitenkarte weitergegeben.



Am Ende der Veranstaltung waren alle Teilnehmer, insbesondere diejenigen ohne politischen Hintergrund, sehr zufrieden. Einige mussten feststellen, dass sie nicht genügend Visitenkarten bei sich trugen.

Für die Teilnehmer haben sich überregional neue Geschäftsfelder und -partner ergeben. So geht Netzwerk! <

»AGS vor Ort

AGS Dortmund

Zweiter „Politischer Salon“ beleuchtet Solo-Selbständigkeit

Angesichts von 2,3 Mio. Solo-Selbständigen in Deutschland – damit etwa der Hälfte aller Selbständigen, Tendenz steigend – hat sich die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) in Dortmund bei ihrem zweiten Politischen Salon am 16.11.2011 dieser Thematik gewidmet.

Nicht alle „Einzelkämpfer“ sind freiwillig dort gelandet, die Gründe dafür sind vielfältig. Viele dieser Solo-Selbständigen finden sich in bestehenden, zum Teil sehr alten Gesetzen und Verordnungen nicht wieder. Neue Berufsbilder und Branchen sind entstanden, die der Gesetzgeber damals gar nicht im Blick haben konnte. Aber auch die aktuelle Politik beschäftigt sich in der Regel vordergründig mit mittleren und großen Unternehmen – auch wenn die gängige Definition von „Mittelstand“ eben auch Kleinst- und Kleinunternehmen umfasst.

Gemeinsame Veranstaltung mit dem Arbeitskreis „Zukunft der Arbeit“

In seinem Eröffnungsstatement nannte unser erster Gast Marco Bülow (MdB) zunächst einige statistische Kennzahlen sowie typische Motive für die mehr oder weniger selbst gewählte Solo-Selbständigkeit. Einigkeit bestand darin, dass sich Politik endlich um diese Gruppe von Kleinstunternehmern kümmern müsse; er versprach, auch in der eigenen Fraktion für deren Forderungen und Bedürfnisse zu werben.

In der zweiten Runde rief Moderator Dr. Andreas Bach, zusammen mit Marco Bülow Initiator des Arbeitskreises „Zukunft der Arbeit“, Hubert Nagusch und Guido Schlösser aufs Podium.

Hubert Nagusch, Mitarbeiter der Dortmunder Wirtschaftsförderung und als solcher im Nordstadt-Büro aktiv, vermittelte interessante Einblicke in die Kleingewerbezone und Gründungskultur seines „Reviere“. Dazu gehörten u. a. Berichte über das „Gründerinnen-Zentrum“ sowie die „Nordhand e.G.“, ein genossenschaftlich organisierter Mikrokredit-Dienstleister.

Guido Schlösser, im „Hauptberuf“ Musiker und damit auch der Zielgruppe angehörend, informierte über die Arbeit der „VerdiSelbständigen“, ergänzte um einige Tipps für Selbständige (Bildungsscheck, Weiterbildungsgutscheine).

In der dritten Runde schließlich gaben Annette Kritzer, gelernte Diplom-Geografin und Museumspädagogin, jetzt praktizierende Gästeführerin in der Nordstadt und Ditta Paulin, Grafikerin aus Bottrop, bereitwillig Auskunft über ihren Weg in die Selbständigkeit.

- **Angemessene Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung,**
- **Sinnvolle und bezahlbare Altersabsicherung,**
- **Mittelstandsfinanzierung mit Hilfe von Mikrokrediten**

– diese drei Themenschwerpunkte zogen sich durch eine Vielzahl von Beiträgen, sowohl auf dem Podium als

auch aus dem Publikum. Einer der Vorschläge lautete beispielsweise, das Modell der Künstlersozialkasse (KSK) auf alle Solo-Selbständigen auszuweiten.

Zur Höhe der GKV-Beiträge hat die AGSNRW bereits einen Antrag für die nächste AGS-Bundeskonferenz Mitte 2012 geschrieben (➔ *AK Solo-Selbständige*, S. 6). Dieser sieht anstelle des bisherigen Mindestbeitrags, der ein Einkommen von mindestens € 1.916,25 unterstellt und damit rund € 330,- beträgt, eine Orientierung am tatsächlichen Einkommen vor, das Solo-Selbständige dann z.B. viermal pro Jahr an die GKV melden – auch, um hohe Nachzahlungen zu vermeiden.



Auch der zweite „Politische Salon“ der AGS Dortmund im „Union Gewerbehof“ war erfreulich gut besucht: Die wiederum über 30 Teilnehmer haben einen informativen und – trotz des manchmal durchaus existenziellen Charakters – unterhaltsamen Abend erlebt – erst recht beim Bier und Wein im Anschluss an den offiziellen Teil der Veranstaltung. <

» Wirtschaft / Ausbildung

IntUV Ruhrstadt e.V. und Eduard-Spranger-Berufskolleg Zusammenarbeit gegen hohe Abbrecherquoten bei Jugendlichen

In einer Zusammenarbeit des Internationalen Unternehmerverbandes (IntUV) RuhrStadt e.V. mit dem Eduard-Spranger-Berufskolleg konnten unter der Schirmherrschaft des Gelsenkirchener OB Frank Baranowski (SPD) mehr als 17 Jugendliche in betriebliche Praktika vermittelt werden.

Es war eine mehrfache „win to win“-Situation, bei der die Betriebe, die Schule, die Jugendlichen und auch die Gesellschaft gewonnen haben und werden. Bei den Jugendlichen handelt es sich um 16- bis 18-Jährige, die in einem Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) die Schule besuchen. Das Ziel ist, den Hauptschulabschluss nachzuholen.

Um die enorme Abbrecherquote eines Bildungsganges bei den Jugendlichen zu verringern, wurde diese Kooperation gegründet. Die Jugendlichen besuchen dabei an zwei Tagen der Woche die Berufsschule und an drei Tagen machen sie ihr betriebliches Praktikum, um sich Fertigkeiten anzueignen und sich für eine Berufsausbildung zu qualifizieren.

Die Betriebe haben die Gelegenheit, die Jugendlichen genauer unter die Lupe zu nehmen, um ihnen ggf. im Anschluß an das Kooperationsjahr eine Berufsausbildung anzubieten.

Selbst wenn der Betrieb eine betriebliche Berufsausbildung nicht anbieten möchte oder kann, kann der Jugendliche eine besondere Qualifikation im Lebenslauf ausweisen.

Die Schule hat somit für die Attraktivität ihres BVJ gesorgt. Die Lehrer des Berufskollegs begleiten die Praktikanten wie auch die Betriebe und sind ganz

nah am Geschehen, so dass sie in der Lage sind, auftretende Probleme bereits im Vorfeld zu lösen.

Der Gewinn der Gesellschaft wird am Ende des Schuljahres messbar sein, wenn man feststellen wird, in welcher Höhe die Abbrecherquote in diesem Bildungsgang gesunken ist. <



Vertragsunterzeichnung (v.l.n.r.): Ludger Wolterhoff (Vorstandsvorsitzender der Arbeitsagentur Gelsenkirchen), Praktikant, Manfred Abstiens (Leiter des Berufskollegs Eduard Spranger), Atilla S. Öner (Stellv. Vorsitzender IntUV e.V. und Projektleiter), Roland Hundertmark (Unternehmer, Hundertmark Verkehrssicherungssysteme GmbH), Frank Baranowski (Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen und Schirmherr)



Unterzeichnung des Kooperationsvertrags (v.l.n.r.): Frank Baranowski (Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen und Schirmherr), Manfred Abstiens (Leiter des Berufskollegs Eduard Spranger), Atilla S. Öner (Stellv. Vorsitzender IntUV e.V. und Projektleiter), Ludger Wolterhoff (Vorstandsvorsitzender der Arbeitsagentur Gelsenkirchen)

»AGS im Bund

Wirtschaftsempfang der SPD/AGS

Verleihung des Innovationspreises 2011 an drei Genossenschaften

Beim Wirtschaftsempfang der Bundes-AGS im Berliner Willy-Brandt-Haus am 08.11.2011 wurde der Innovationspreis von AGS und SPD verliehen.

Auch in diesem Jahr hat die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in der SPD (AGS) wieder einen Innovationspreis verliehen. Im Jahr 2011 wurde der Preis für besonders innovative Genossenschaftsmodelle unter dem Motto „Genossenschaften – ein traditionsreiches Wirtschaftsmodell mit innovativer Kraft“ ausgeschrieben.

Die Preisträger waren:

- **Netzkauf EWS eG:** Bekannt als EWS Schönau eG ist sie eine der ersten Initiativen, die sich um Energieversorgung aus Bürgerhand gekümmert hat. Sie ist ein Musterbeispiel für dezentrale Energieversorgung unter Vorrang erneuerbarer Energien.
- **Weiberwirtschaft eG Berlin:** Die Genossenschaft kümmert sich vorbildlich und leidenschaftlich um die Förderung von Genossenschaftsgründungen von Frauen. Sie betreibt europaweit das größte Frauengründungszentrum.
- **innova eG:** Die Dortmunder Dachgenossenschaft hat sie sich ganz besonders um die Förderung des Genossenschaftsgedankens verdient gemacht.

Das Genossenschaftswesen hat in jüngster Zeit eine Renaissance erfahren. Es stellt eine alternative Form des Wirtschaftens dar.

In vielen Wirtschaftsbereichen wie auch im kleinen und mittelständischen Bereich, Energieversorgung, Wohnungswirtschaft, Konsum und sozialen Diensten haben gerade Genossenschaften innovative Lösungen für die anstehenden Probleme gefunden.

Die Preisverleihung fand im Berliner Willy-Brandt-Haus statt und begann mit der Begrüßung der Gäste durch Sven Kaerkes, dem Bundesvorsitzenden der AGS. Dem folgte eine Rede des Parteivorsitzenden der SPD, Siegmund Gabriel. Passend zum Thema der Preisverleihung fand in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung unter dem Motto „Genossenschaften – ein traditionsreiches Wirtschaftsmodell und seine neuen Herausforderungen“ statt.



»Handwerk und Handel

Kreishandwerkerschaft und Politik im Gespräch Handwerk trifft ... Oberhausen

Am 9. November 2011 hatte die Kreishandwerkerschaft Mülheim/Oberhausen eingeladen zu einem Gespräch zwischen Politik und Handwerk. Tagungsort war das Öko-Haus des Hans-Sachs-Berufskollegs in Oberhausen. Das Gebäude wurde von Schülern und Lehrern des Kollegs selbst gebaut.

**Der Träger: „Der Umgang mit unge-
wohnten Baustoffen und das Prakti-
zieren ökologischer und baubiolo-
gisch empfohlener, zeitweise neues-
ter Techniken soll den Schülern Zu-
gang zu diesen zukunftssträchtigen
und notwendigen Technologien ver-
schaffen und ihr Umweltbewusstsein
stärken“.**

Jörg Bischoff, Kreishandwerksmeister und Mitglied im kürzlich gegründeten „Arbeitskreis Handwerk“ der AGSNRW, konnte neben vielen Gästen aus der Region Mülheim/Oberhausen als besonderen Gast der Veranstaltung Mike Groschek, den Generalsekretär der NRWSPD, begrüßen.

Groschek äußerte sich zur Gewerbe-
steuer-Diskussion (*die Gewerbesteuer
ist ausgerechnet dort am höchsten, wo
die Not am größten ist!*) und zum „So-
lidarfond Ost“, den er zu einem Fond
für alle bedürftigen Kommunen um-
gewandelt sehen will, „unabhängig
von der Himmelsrichtung“.

Zur Kommunal-Finanzierung fordert
er „Sparen mit wirtschaftlicher Ver-
nunft“ und fordert von allen Kommu-
nen Solidarität. Die Städte müssten
auch deshalb Konsolidierung betrei-
ben, um in den Genuss von Fördermit-
teln zu kommen. Er kritisierte die häu-
fige Vergabe an Generalunternehmer.
Das neue Tariftreuegesetz nannte er
ein „Fair-Play-Gesetz“ gegen Dum-
ping aller Art, was Unternehmen mit

mehr als 20 Mitarbeitern und Auf-
träge ab 50 Tsd. € (Bau: 150 Tsd. €) be-
träfe. In einer „Lernphase“ von 2 Jah-
ren solle das Gesetz von Politik und
Handwerk begleitet werden.

Die Veranstaltung bot anschließend
Raum für Diskussionen. Gast André
Brümmer, Vorsitzender der AGSNRW,
konnte in vielen Gesprächen die Ver-
bundenheit zwischen AGS und Hand-
werk feststellen und Anregungen für
die AGS-Arbeit mitnehmen. <



v.l.n.r.: André Brümmer (Vorsitzender AGSNRW), Klaus Wehling (Oberbürgermeister Oberhausen), Mike Groschek (Generalsekretär NRWSPD), Jörg Bischoff (Kreishandwerksmeister), Marc Bücken (Oberstudiendirektor und Leiter des Hans-Sachs-Berufskollegs)

»Arbeit und Soziales

Fachkräfte aus dem Ausland

Anerkennungsgesetz auf dem Weg

Kann es sich Deutschland leisten, ausländische Akademiker und Fachleute lediglich als Hilfskräfte zu beschäftigen? Nein, natürlich nicht!

Es ist höchste Zeit, die Anerkennung von Berufsabschlüssen, insbesondere aus dem Nicht-EU-Ausland, zu vereinheitlichen und zu vereinfachen. Dazu hat Olaf Scholz als Arbeitsminister der Großen Koalition bereits 2009 ein Anerkennungsgesetz vorbereitet. Das Vorhaben scheiterte an den Vorbehalten in der CDU/CSU.

Aber auch bei diesem Thema konnte die Union nicht länger die Notwendigkeiten der Gegenwart ignorieren und ihre „Politik von gestern“ fortsetzen.

Es hat dennoch bis zum 29.09.2011 gedauert, bis das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen“ im Bundestag verabschiedet werden konnte.

Dazu auszugsweise die „Wirtschaftlichen Nachrichten“ der IHK Aachen (Ausgabe 11/2011):

Bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Gänzlich neu ist die gesetzliche Regelung für die nicht reglementierten Berufe aus Industrie, Handel und Dienstleistungen. In diesen Berufen gibt es keine Berufszugangsschranken, deshalb war ein gesetzgeberischer Handlungsbedarf auch lange Zeit verneint worden. In den IHK-Berufen eröffnet das Anerkennungsgesetz dem Bildungsausländer also keinen neuen Zugang zu bislang ver-

schlossenen beruflichen Einsatzfeldern – anders als im Fall der viel zitierten putzenden Zahnärztin aus Kasachstan. Er kann aber mit einer Anerkennung künftig seine Chancen auf dem Arbeitsmarkt häufig besser verwerten. Hierfür muss er einen Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit stellen. Alle Unterlagen müssen dazu in beglaubigter Übersetzung vorgelegt werden. Innerhalb eines Monats können weitere Unterlagen angefordert werden. Sind alle Unterlagen vorhanden, muss innerhalb von drei Monaten entschieden werden.

Berufserfahrung hilft bei der Anerkennung

Nun wird es vermutlich nur in wenigen Fällen eine vollständige Übereinstimmung zwischen einer ausländischen und einer inländischen Qualifikation geben. Gleichwohl soll nicht jede Abweichung zur Ablehnung führen. Vielmehr gibt es einen abgestuften Anerkennungsmechanismus:

Die IHK ist zuständige Anerkennungsstelle für nichthandwerkliche Gewerbeberufe

- Zunächst wird geprüft, ob es wesentliche Unterschiede gibt. Sind die Unterschiede nicht wesentlich, wird anerkannt.
- Gibt es wesentliche Unterschiede, muss geprüft werden, ob diese durch Berufserfahrung oder sonstige

- Befähigungsnachweise ausgeglichen werden können. Nur wenn das nicht der Fall ist, kann keine Anerkennung erfolgen.

IHKs als zentrale Ansprechpartner in den Regionen

Der Gesetzgeber hat die schwierige Aufgabe der Feststellung der Gleichwertigkeit den Stellen übertragen, die für die jeweiligen inländischen Berufe verantwortlich sind. Für die nicht-handwerklichen Gewerbeberufe sind das die Industrie- und Handelskammern. Das Gesetz eröffnet den beteiligten Institutionen auch die Option, gemeinsam zu agieren und ihr Know-how in einer gemeinsamen Einrichtung zu bündeln. Die meisten IHKs werden von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Die einzelne IHK bleibt aber in den Regionen in jedem Fall der konkrete Ansprechpartner für Menschen mit ausländischen Abschlüssen. [...]

Die SPD begrüßt, dass die Bundesregierung endlich tätig geworden ist, fordert aber „begleitende Maßnahmen“. So sollen lt. Bericht in „Fraktion Intern“ u.a.:

- ein Rechtsanspruch auf Beratung und Begleitung im Verfahren gesetzlich verankert,
- Gebühren nicht zur sozialen Hürde,
- einheitliche Fristen für die Anerkennungsverfahren eingeführt, und
- für alle Berufe ein Anspruch auf

»Personalien

Genossenschaften

Genossenschaftsverband mit neuem Vorsitzenden

(Forts.)

Anpassungslehrgänge sowie auf Prüfungs-Vorbereitungsmaßnahmen, unter Einbezug von berufsspezifischen Sprachkursen, im Gesetz aufgenommen werden.

Außerdem muss die Teilnahme an Ausgleichsmaßnahmen finanziell möglich sein. Statt wie Union und FDP die Mittel zur Integration am Arbeitsmarkt zu kürzen, fordert die SPD, den Menschen bei Bedarf ein Förderangebot im Sinne eines „Einstiegs-BAföG“ zu machen.

Schließlich gelten die neuen Regelungen nur für Berufe im Zuständigkeitsbereich des Bundes, wie die der dualen Berufsausbildung oder auch u. a. Ärzte, Notare oder Krankenpfleger. Die SPD-Fraktion fordert deshalb, gemeinsam mit den Ländern sicherzustellen, dass auch für die nach Landesrecht geregelten Berufe entsprechende Regelungen etabliert werden. [...]

Auch einige Bundesländer haben noch Vorbehalte. Es ist daher fraglich, ob das Gesetz zum 1. März in Kraft treten kann. <

Die AGSNRW hat zu diesem Thema bereits am 24.11.2011 eine Veranstaltung in Aachen durchgeführt.

Assessor Ralf Barkey (Aachen) führt den Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband (RWGV)



Ralf Barkey

Ob Winzer, Taxifahrer, Landwirte oder Volks- und Raiffeisenbanken: Sie alle werden vom Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband (RWGV) politisch vertreten. Mit ca. 500 Mitarbeitern gehört der RWGV zu den großen Verbänden in Deutschland. Der Sitz des RWGV ist Münster.

Weitere Aufgaben des Verbandes sind Schulungen und das Prüfungswesen.

Das Genossenschaftswesen hat große Bedeutung für unser Land. Auch wir als AGS haben uns für das Genossen-

schaftswesen in der Vergangenheit eingesetzt (z.B. beim Erhalt der Genossenschaftsbanken). Nicht zuletzt wurde der Innovationspreis der AGS/SPD in diesem Jahr unter dem Motto: „Genossenschaften – ein traditionsreiches Wirtschaftsmodell mit innovativer Kraft“ verliehen (↗ Seite 10).

Ralf Barkey wechselt am 1.10.2012 von Aachen nach Münster. In Aachen übt er seit zehn Jahren die Funktion des Hauptgeschäftsführers der Handwerkskammer aus. In dieser Zeit gab es gute Kontakte zwischen ihm und der AGS. Diese Kontakte wollen wir weiter pflegen.

Die AGS gratuliert und wünscht viel Erfolg bei der neuen Aufgabe! <

»Recht »Leserbrief

Neues Insolvenzrecht Licht und Schatten

„Die Reform des Insolvenzrechts eröffnet die Möglichkeit, wirtschaftlich angeschlagene Unternehmen frühzeitig wieder auf Erfolgskurs zu bringen“, so Holger Schwannecke, Generalsekretär des ZDH (Zentralverband d. Deutschen Handwerks).

Und tatsächlich verbessert das neue Insolvenzrecht in einigen Punkten die Möglichkeit, Unternehmen in der Krise wieder auf die Beine zu helfen und damit auch Arbeitsplätze zu sichern. Durch das Gesetz soll die Weiterführung des insolvenzgefährdeten Betriebes durch den bisherigen Eigentümer gestärkt werden.

Dazu dient ein Schutzschirm, der vor Eintreten der Insolvenz das Unternehmen handlungsfähig halten soll. Auch die geplante Schließung von fast der Hälfte der Insolvenzgerichte konnte auf Druck der SPD gestoppt werden.

CDU und FDP konnten sich aber nicht dazu durchringen, die Unabhängigkeit von Insolvenzverwaltern im Gesetz zu sichern. Dazu war die Lobby der Banken zu einflussreich. Banken und Großgläubiger haben auch weiterhin zu starkem Einfluss auf Auswahl und Arbeitsweise des Insolvenzverwalters. Das ist kein „Haar in der Suppe“, sondern ein elementarer Mangel.

Die Vorstellungen der SPD vertrat Burkhard Lischka MdB im Bundestag. Das Video seiner Rede findet sich hier:

> [Rede zum Insolvenzrecht](#)

BPT 2011: Leitantrag zur Gesundheitspolitik Leserbrief eines Apothekers zum Arzneimittelvertrieb

Vor einigen Tagen erreichte uns der unten abgedruckte Leserbrief eines Apothekers. Darin kritisiert er den auf dem letzten Bundesparteitag beschlossenen Leitantrag zur Gesundheitspolitik, konkret die geplanten Liberalisierungen beim Arzneimittelvertrieb.

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Leitantrag zur Gesundheitspolitik, den der SPD-Parteitag am 06.12. beschlossen hat, heißt es: „Den Arzneimittelvertrieb werden wir liberalisieren, um Preisvorteile von größeren Vertriebsstrukturen zu erreichen.“ Noch im Mai 2009 hat die damalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt erklärt: „Die Apotheke im Eigentum des Apothekers sichert in Deutschland eine von Kapitalmarktinteressen unabhängige Arzneimittelversorgung.“

Nun hat die SPD offensichtlich eine fundamentale Kehrtwendung vollzogen, weg von inhabergeführten selbständigen Apotheken, hin zu konzerngeführten Apothekenketten.

Sehr geehrte Damen und Herren der AGS, ich erbitte Ihre Stellungnahme hierzu. Stimmen Sie o.g. Leitantrag zu, oder findet sich Ihre Position wider in dem (leider nicht eingebrachten) Änderungsantrag, in dem es heißt: „Unser Ziel ist eine hochwertige, sichere und preiswerte Arzneimittelversorgung für alle Versicherten.“ In der Begründung hierzu heißt es, nicht allein der Preis eines Medikamentes sei entscheidend. Ebenso wichtig sei auch die Qualität der Arzneimittelversorgung. Dies beinhalte auch die Sicherstellung einer wohnortnahen verlässlichen Versorgung der Patientinnen und Patienten, wie sie durch die öffentlichen Apotheken erbracht werden. Sollte die 2. Alternative Ihrer Überzeugung entsprechen (wovon ich fest ausgehe), bitte ich Sie, dafür innerhalb der Partei einzutreten, und mir mitzuteilen, was Sie hierzu auf den Weg bringen werden.

Bei großer inhaltlicher und politischer Nähe zur Sozialdemokratie wird es mir bei dem jetzt beschlossenen Leitantrag nicht möglich sein, die SPD bei zukünftigen Wahlen zu unterstützen.

Mit herzlichen Grüßen

(Name d. Red. bekannt)

Wir bitten hierzu um Meinungsbilder von AGS- oder ASG-Mitgliedern bzw. von LeserInnen aus dem Gesundheitswesen. Zusendungen bitte an die E-Mail-Adresse redaktion@ags-in-nrw.de.

»... und dann die Moral

50 Jahre nach Martin Luther Kings „Weihnachtspredigt“ „Friede auf Erden“

Rund 50 Jahre nach der „Weihnachtspredigt“ von Martin Luther King versucht sich Ruth Gehring an einer Neuinterpretation.

Auszug aus „Friede auf Erden – eine Weihnachtspredigt“ (Martin Luther King, Mitte der 60er Jahre):

„[...] Zuerst möchte ich einmal sagen, dass unsere Zusammengehörigkeitsgefühle, wenn wir den Frieden auf Erden haben wollen, über unsere Rasse, unsere Sippe, unseren Stand und unser Vaterland hinaus dringen müssen, und das bedeutet, dass wir eine Weltperspektive entwickeln müssen. Kein Einzelner kann allein leben, und je länger wir es versuchen, desto mehr werden wir in dieser Welt Krieg haben.

Ja, als Nationen und als Einzelne hängen wir voneinander ab. [...] Es läuft auf das hinaus: dass alles Leben miteinander in Wechselwirkung steht. Wir sind alle in einem unent-rinnbaren Netz der Gegenseitigkeit gefangen, in eine einzige Hülle des Schicksals gebunden. Was immer einen direkt betrifft, betrifft indirekt alle. [...]“

Martin Luther King hat in den sechziger Jahren die weltweiten Zusammenhänge des Wirtschaftens erkannt. Wir stehen heute, im Jahr 2011, an einer Stelle, an der man ganz deutlich sagen kann: „Es hat sich nichts geändert.“

Wir haben auch heute noch nicht verstanden, dass die weltweiten Zusammenhänge in Fragen der Wirtschaft die Grundlage bilden, um gemeinsam weiter auf dieser Erde leben zu können. Faire Preise für Produkte aus allen Teilen der Welt, faire Arbeitsbedingungen für ALLE Menschen dieser Welt – so sollten die Ziele der Sozialdemokraten lauten. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Wir müssen wieder Wege finden, die Wirtschaft gerecht für alle Menschen zu gestalten. Für uns in Deutschland, aber eben auch in der weiteren Welt. Es kann nicht sein, dass die Welt vom Geld und von den Finanzmärkten regiert wird. Wir Sozialdemokraten sind für die Menschen da.

In unseren Grundsätzen, in unseren Sonntagsreden und in unseren Handlungsfeldern muss immer erkennbar sein: Wir arbeiten im Sinne unserer Mitmenschen, auch weltweit.

Wir als Selbstständige, als Unternehmer in der Sozialdemokratie, können sehr viel dafür tun. Wir können in unseren Betrieben, bei unseren Mitar-

beitern ein Bewusstsein schaffen für faire Arbeitsbedingungen in anderen Ländern. Wir können daran arbeiten, in unseren Betrieben Waren einzusetzen, die fair produziert und fair gehandelt wurden. Wir können in unseren Unternehmen ein Klima der „Brüderlichkeit“ schaffen, wir sorgen erst einmal bei uns selber für gerechte Arbeitsbedingungen.

Wir möchten mit Menschen zusammenarbeiten und gemeinsam die Betriebsziele erreichen, wir möchten, dass möglichst Viele von erwirtschafteten Gewinnen partizipieren. Der Einzelne arbeitet für die Gemeinschaft und die Gemeinschaft für den Einzelnen.

Wir als Unternehmer haben die Kraft, uns für eine gerechte und faire Wirtschaftsweise einzusetzen und in unseren Betrieben ein Signal zu setzen für eine neue soziale Gerechtigkeit.

Als Unternehmer in der SPD können wir Vorbild sein und Perspektiven entwickeln. <

Nach dem Beschluss der Orga-Reform auf dem Bundesparteitag „Partei in Bewegung?!“ – ein Kommentar von André Brümmer

Nun ist er vorbei, der Reform-Parteitag der SPD. Was wird sich bei uns, den Arbeitsgemeinschaften, ändern?

Die Rolle von Nicht-Mitgliedern

Der Parteivorstand will durch seinen Leit Antrag „Partei in Bewegung“ die SPD für Nicht-Mitglieder öffnen. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen. Schon heute arbeiten Nicht-Mitglieder themenbezogen in den Arbeitsgemeinschaften mit, sie sind gern gesehene, die Arbeit bereichernde Gäste. Über diese Mitarbeit finden auch viele den Weg als Vollmitglied in die Partei.

Bei den Arbeitsgemeinschaften und den neuen Themenforen werden UnterstützerInnen und Mitglieder nun gleiche Rechte erhalten. Bei den Themenforen macht das Sinn, bei den Arbeitsgemeinschaften aber nicht! Ausgerechnet bei den Mitgliedern, die zusätzlich zu ihren Parteifunktionen und ihrem kommunalen Engagement auch noch in Arbeitsgemeinschaften mitwirken, wird die Mitgliedschaft in der SPD abgewertet. Der Wert einer Mitgliedschaft in der SPD muss dabei

aber erhalten bleiben, auch und gerade in den Arbeitsgemeinschaften! Viele werden sich sonst fragen: Wozu bin ich dann zahlendes, sich zur SPD bekennendes Mitglied? Wir haben diese Regelung als Reform „von oben nach unten“ bekämpft, als Rückfall in Schrödersche „Basta-Politik“! **Leider wurde unsere Meinung nicht berücksichtigt.**

Bezeichnend ist, dass „UnterstützerInnen“ dann Parteimitglied sein **müssen**, wenn sie Funktionen in den Gremien der Partei übernehmen wollen. Hier schützt sich die Partei vor zu viel „fremden“ Einfluss.

Mitgliederbefragung und Mitentscheidung

Wir begrüßen ausdrücklich die geplante Befragung der Mitglieder zur Mitarbeit in Themenforen und Arbeitsgemeinschaften und die damit verbundene Information über diese Angebote. Begrüßt wird auch das Rede- und Antragsrecht für Themenforen auf Bundesparteitagen. Anträge einbringen und dazu gehört werden – das

erhöht die Attraktivität der Mitarbeit deutlich! Die „Wertschätzung“ der Arbeitsgemeinschaften hört aber leider da auf, wo es um „Mit-Entscheidung“ geht! **Auf Bundesparteitagen werden die Arbeitsgemeinschaften mit lediglich beratenden Delegierten vertreten sein.**

Fazit

Auch wenn das neue organisationspolitische Grundsatzprogramm der SPD insgesamt ein wertvoller Beitrag zur Modernisierung unserer Partei ist, können wir nur hoffen, dass die „Organisationspolitische Kommission“ (in Planung) einige Fehlentscheidungen innerhalb der nächsten zwei Jahre korrigiert und Mitgliederrechte wieder mehr würdigt.

– André Brümmer, Vors. AGSNRW

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Ende Januar, Redaktionsschluss ist **Freitag, der 20.01.2012**. Manuskripte (.doc, .odt, .rtf, .txt), Fotos (.jpg) und Grafiken (.gif, .png) bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de senden!

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise auf unserer Webseite:

> www.ags-in-nrw.de/termine.htm



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer
Vorsitzender der AGSNRW

